

CDU/CSU und FDP: Regierung der sozialen Spaltung

Mit der neuen Bundesregierung bekommt Deutschland keine Zukunft, sondern vor allem neue Schuldenberge. Anstatt die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise sozial gerecht zu verteilen und Antworten auf wachsende Arbeitslosigkeit und Armut zu geben, greifen CDU/CSU und FDP den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung an: Für Pflege im Alter, Hilfe bei Krankheit und die Bildung der Kinder sollen die Menschen zukünftig selbst aufkommen. Entsolidarisierung wird zur Staatsräson. Freuen können sich die Vermögenden und Unternehmen: Sie bekommen Steuer geschenke. Die Kosten der Krise aber tragen die Schwachen.

Steuern

Weniger soziale Gerechtigkeit: Millionäre und Profiteure der Finanzmarktspekulation werden von der neuen Regierung nicht zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen. Steuerentlastungen auf Pump: Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise brechen bis zum Jahr 2013 rund 315 Milliarden Euro an Steuereinnahmen weg. Eine Stärkung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist jedoch nicht vorgesehen. Die geplanten Steuerentlastungen sollen komplett durch Schulden finanziert werden, die von den Steuerzahlerinnen und -zahlern später abgezahlt werden müssen.

Die Reichen freut 's: Von der Steuerentlastung der neuen Regierung profitieren vor allem überdurchschnittliche Einkommen. Nur Bestverdiener, Vermögende und Unternehmen bekommen wirklich mehr Netto vom Brutto. Zudem wollen CDU/CSU und FDP die Erbschaftsteuer senken und Konzerne durch eine Unternehmenssteuerreform entlasten. Die Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommen hingegen werden von den wachsenden Ausgaben, zum Beispiel für Gesundheit und Pflege, aufgezehrt.

Arbeit

Keine neuen Arbeitsplätze: CDU/CSU und FDP verweigern öffentliche Investitionsprogramme und andere Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze geschaffen oder durch Modernisierung erhalten werden könnten.

Kein gesetzlicher Mindestlohn: Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass es keinen flächendeckenden Mindestlohn geben soll. Stattdessen stellen sie die bisherigen Branchenmindestlöhne in Frage.

Noch mehr schlecht bezahlte Arbeit: Die neue Regierung will die Minijobs ausweiten, was zu noch mehr schlecht bezahlter und prekärer Arbeit führt. Die Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Beziehende bedeutet mehr staatliche Zuschüsse zu schlechten Löhnen. Davon profitieren nur die Unternehmen, denn sie können die Löhne weiter drücken.

Gesundheit und Pflege

Abschied vom Sozialstaat: Die Finanzierung der Sozialversicherungen zur Hälfte durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird endgültig aufgegeben. Steigende Kosten für Gesundheit und Pflege tragen zukünftig die Versicherten allein. Zudem droht eine verpflichtende Zusatzversicherung bei der Pflege.

Hartz IV

Keine Verbesserungen für die Mehrheit der Hartz-IV-Beziehenden: Kinder aus Hartz-IV-Familien, die höhere Sätze für ein menschenwürdiges Leben am meisten bräuchten, bleiben bei CDU/CSU und FDP außen vor.

Dass der Schonbetrag für Altersvorsorgevermögen von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht wird, ist ein überfälliger Schritt. Allerdings kommt er nur einer kleinen Gruppe zugute, da die meisten Hartz-IV-Beziehenden weder Vermögen noch Immobilien besitzen.

Energie- und Unterkunftskosten sollen zudem pauschal festgelegt werden. Übersteigen die tatsächlichen Kosten die Pauschale, müssen die Hartz-IV-Beziehenden die Differenz mit dem Geld bezahlen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Rente

Noch mehr Altersarmut: Die neue Bundesregierung hält an der Rente erst ab 67 Jahren fest. Da die meisten Menschen nicht bis 67 arbeiten können, bedeutet die Rente ab 67 für sie eine Rentenkürzung. Flexible Übergänge in den Ruhestand sind nicht vorgesehen.

Bildung

Ohne Vision: Die Kleinstaaterei im Bildungswesen wird fortgesetzt. Das Bildungssystem bleibt unterfinanziert. In der Studienfinanzierung leiten CDU/CSU und FDP den Anfang vom Ende des BAföG ein: Ein staatlich gefördertes privates Bildungssparen und ein Elite-Stipendienprogramm treten in Konkurrenz zum sozial begründeten BAföG. Den akuten Mangel an Ausbildungsplätzen thematisiert die schwarz-gelbe Regierung nicht einmal.

Umwelt

Keine Energiewende: CDU/CSU und FDP blockieren notwendige Maßnahmen für eine Energiewende und für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Stattdessen kündigen sie den Atomausstieg auf und planen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke.

Ostdeutschland

Spaltung Ost-West: Die neue Regierung hat keinen Plan, um die Ungleichheiten zwischen Ost und West abzubauen. Auch neue Ideen für Ostdeutschland gibt es nicht. Stattdessen kommen vor allem vorhandene Aufbau-Ost-Programme auf den Prüfstand. Kürzungen von Fördergeldern sind zu erwarten.

Als einzig glaubhafte Opposition im Bundestag setzt sich DIE LINKE weiterhin konsequent für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden ein - gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden und außerparlamentarischen Bewegungen.